

*RKP (B), Komintern und die national-revolutionäre Bewegung in China. Dokumente.* Band 1: 1920-1925. Herausgegeben vom Russischen Zentrum für die Archivierung und Erforschung von Dokumenten zur Neuesten Geschichte, dem Ostasiatischen Seminar der Freien Universität Berlin und dem Institut für den Fernen Osten der Russischen Akademie der Wissenschaften. Paderborn u.a.: Ferdinand Schöningh, 1996. 875 Seiten, 288,- DM. ISBN 3-506-74871-8

Die Öffnung der russischen bzw. sowjetischen Archive hat bereits einigen Bereichen der Geschichtswissenschaft eine Fülle neuen Quellenmaterials zugeführt. Im Zuge dieser Entwicklung werden im Rahmen des vorliegenden, auf mehrere Bände angelegten Editionsprojekts bislang größtenteils unpublizierte Dokumente aus dem Russischen Zentrum für die Archivierung und Erforschung von Dokumenten zur Neuesten Geschichte, dem ehemaligen Zentralen Parteiarchiv der KPdSU, veröffentlicht. Das Projekt erweitert die Quellenbasis nicht nur zur Chinapolitik der RKP bzw. KPdSU und der Komintern in den 20er bis 40er Jahren, sondern auch zur allgemeinen politischen Entwicklung in der Republik China im genannten Zeitraum. Es leistet somit ebenso einen Beitrag zur Erforschung der chinesischen wie der sowjetischen und Komintern-Geschichte. Der nunmehr vorliegende erste Band, von einem deutsch-russischen Herausgeberrat unter Leitung von Kuo Heng-yü (Berlin) und M.L. Titarenko (Moskau) erstellt, ist gleichzeitig in russischer und deutscher Sprache erschienen.

Behandelt wird der Zeitraum zwischen 1920 und 1925, in dem die entscheidenden Weichen für die Beziehungen der KPdSU und der Komintern zu den revolutionären Parteien in China gestellt wurden. Auf die Gesamteinleitung folgen rund 200 unterschiedliche Dokumente: Berichte von Vertretern der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationalen in China, Korrespondenz der führenden sowjetischen Partei- und der Komintern-Funktionäre (und einige Briefe chinesischer Machthaber), Sitzungsprotokolle der leitenden Organe von KPdSU und Komintern sowie Protokolle von Verhandlungen von Repräsentanten beider Organisationen mit chinesischen Politikern und Repräsentanten. Die chronologisch angeordneten Dokumente sind in fünf Kapitel gegliedert. Jedem Kapitel ist eine Einleitung vorangestellt, in der die Herausgeber eine Bewertung der von ihnen neu veröffentlichten Dokumente im Lichte der bisherigen Quellenlage vornehmen. Gründliche Annotationen, ein ausführlicher Namenindex und ein Literaturverzeichnis mit Titeln in deutscher, englischer, russischer und chinesischer Sprache runden den Band ab.

Die Herausgeber betonen die entscheidende Rolle der RKP bei der Formierung moderner revolutionärer Parteien in China. Sowjetrußland verfolgte seit 1920 in China eine doppelgleisige Politik: Zum einen versuchte

es, wie auch sonst in der kolonialen Welt, nationalrevolutionäre und anti-imperialistische Bewegungen zu unterstützen. Gleichzeitig bemühte es sich um Normalisierung seiner Beziehungen zur Republik China, vor allem motiviert durch den Wunsch nach dem Abzug japanischer Truppen von russischem Territorium und nach Anerkennung der 1921 von der Roten Armee eroberten Mongolei als unabhängigem Staat. Letzterem Zweck dienten die Verhandlungen mit der schwachen Pekingener Regierung, die jedoch erst Ende Mai 1924 zum Abschluß von sowjetisch-chinesischen Abkommen führte. Gerade die Schwierigkeiten bei der Herstellung diplomatischer Beziehungen veranlaßten die Moskauer Führung dazu, in dem in viele Warlord-Herrschaften zersplitterten China nach Verbündeten zu suchen. Hierzu bediente sie sich zweier Kanäle, nämlich erstens des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten und seiner diplomatischen Vertreter und zweitens der Komintern, deren Bevollmächtigte in China eng mit den Sowjetdiplomaten zusammenarbeiteten. Beide Kanäle wurden vom Politbüro koordiniert, das auch alle wichtigen Aktivitäten und personalpolitischen Entscheidungen der Komintern kontrollierte - eine „neue Erkenntnis“ auf der Grundlage des hier veröffentlichten Materials, wie die Herausgeber betonen (S.28). Vor allem die 1925 gegründete, bis vor kurzem wenig bekannte, aber sehr einflußreiche Chinesische Kommission des Politbüros spielte dabei eine wichtige Rolle.

Die Komintern hatte auf ihrem zweiten Kongreß im Sommer 1920 die Unterstützung bürgerlich-demokratischer, nationalrevolutionärer Bewegungen in den Ländern des Ostens ins Auge gefaßt. In China versuchten die Komintern-Vertreter bis 1922 jedoch, vor allem die Entwicklung der KPCh zu forcieren und deren Abgrenzung von nichtproletarischen politischen Organisationen zu erreichen, was ebenfalls aus den hier neu veröffentlichten Dokumenten präziser erschlossen werden kann. Der Widerspruch zwischen beiden Positionen hätte von den Herausgebern schärfer betont werden können, ansonsten aber akzentuieren sie sehr klar die widersprüchlichen Auffassungen innerhalb der Komintern und der Sowjetführung, was sich auch in der Auswahl des Quellenmaterials widerspiegelt.

Infolge einer realistischeren Einschätzung der innerchinesischen Lage begannen die Sowjets ab 1922 mit der Kontaktaufnahme zu verschiedenen militärischen Gruppierungen in China. Dabei war die von Sun Yatsen 1921 wiederbelebte, nationalrevolutionäre Guomindang (GMD) beileibe nicht der einzige Ansprechpartner. Der mächtige und als relativ „fortschrittlich“ eingeschätzte Warlord Wu Peifu wurde von sowjetischer bzw. Komintern-Seite als möglicher Verbündeter Suns ebenso ins Spiel gebracht wie General Feng Yuxiang, der nach seinem Staatsstreich in Peking und der Bildung sogenannter „Nationalarmeen“ 1925 von den Sowjets offen mit Waffen und Beratern unterstützt wurde.



Dennoch stimmte das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationalen (EKKI) nach Gesprächen des Komintern-Vertreters Maring mit Sun Yatsen dem individuellen Eintritt von Kommunisten in die GMD zu. Allerdings war dies, wie die jetzt vorgelegten Dokumente zeigen, ein taktisches Manöver von Komintern und KPCh, um der GMD die Unterstützung der Arbeiter zu entwinden und sie durch Bildung prokommunistischer Gruppen von innen zu spalten (Dok. 32, 49). Umgekehrt stellte die GMD harte Bedingungen für die Zusammenarbeit und war bemüht, die KPCh zu einer unselbständigen politischen Kraft zu degradieren. Die Herausgeber halten daher bei der Bewertung der sogenannten „Drei (großen) Politischen Richtlinien“ Suns (d.h. Bündnis mit der Sowjetunion, Bündnis mit der KPCh und Unterstützung der Bauern und Arbeiter) eine größere Nüchternheit als bisher für geboten (S. 41).

Auch zu den Verhandlungen Suns mit A. Joffe, dem russischen Bevollmächtigten Vertreter in China, im Januar 1923 werden neue Dokumente vorgelegt. Danach hat Sun Joffe über seine Absichten zur Reorganisation seiner Partei und Armee ebenso informiert wie über seine Absicht zu einem Nordfeldzug gegen die Pekingener Regierung, für den er Moskau um finanzielle Unterstützung und Entsendung von Beratern bat. Joffe überschätzte nicht nur Suns Einfluß in China, indem er ihn als den „faktischen Führer“ des Landes bezeichnete, sondern vertrat auch die Überzeugung, daß er und seine Partei sich „unter unserem ideologischen Einfluß“ befänden (S. 200 f. und Dok. 57, 60). Gegen diese Auffassung konnte sich eine Gegenposition innerhalb der Komintern, die die rasche Formierung einer GMD-unabhängigen Arbeiterbewegung und faktisch auch den Austritt der Kommunisten aus der GMD unterstützte, nicht durchsetzen. Auch die Verhandlungen einer Delegation der GMD unter Chiang Kaishek mit dem EKKI und Vertretern der Sowjetführung in Moskau im November 1923 ist ausführlich dokumentiert. Hier wurden Suns militärische Pläne, einschließlich der Schaffung einer neuen Armee in der Mongolei, abgelehnt; für möglich hielt Moskau dagegen militärische Ausbildungshilfe der Sowjetunion für die GMD-Truppen (Dok. 83, 97). In ideologischer Hinsicht drang das EKKI auf eine Reinterpretation der „Drei Volksprinzipien“ Sun Yatsens im Sinne eines schärferen Antiimperialismus und Antikapitalismus sowie einer radikaleren Unterstützung der Bauern- und Arbeiterbewegung (Dok. 98).

Die Reorganisation der GMD zu einer leninistischen Kaderpartei erfolgte auf dem 1. Parteitag 1924 unter maßgeblicher Mitarbeit des Komintern-Vertreters M. Borodin. Borodin beurteilte die Zukunft der Partei dennoch skeptisch und setzte sich für die Spaltung der GMD durch Eliminierung ihres rechten Flügels ein. Wie aus Briefen des sowjetischen Bevollmächtigten Karachan hervorgeht, stand hinter den in dieser Zeit geäußerten Moskauer Zweifeln an der GMD vor allem die Furcht vor einer Wiederholung

des Debakels, das die RKP mit ihrer Unterstützung des Kemalismus in der Türkei erlebt hatte. Nach dem Tod Sun Yatsens im März 1925 setzten sich Sowjetunion, Komintern und KPCh zunehmend für die Schaffung einer „neuen“ GMD als Arbeiter- und Bauernpartei ein. G. Vojtinskij, ebenfalls Komintern-Vertreter in China, beurteilte die Kräfte der GMD-Rechten realistischer als Borodin und wollte nur einzelne ihrer Vertreter ausschließen, gleichzeitig aber den Kampf gegen den rechten Flügel der GMD verstärken. Während sich die GMD nun in der Tat allmählich spaltete, bestritt ihr Vertreter Hu Hanmin in Moskau prinzipielle Unterschiede zwischen GMD und KPCh und damit implizit die Existenzberechtigung der letzteren. Gleichzeitig äußerte er den Wunsch nach der vom rechten GMD-Flügel geforderten Offenlegung von Taktik und Organisation der KPCh. Da Moskau, das 1925 die Bedeutung militärischer Faktoren in den Vordergrund gestellt hatte, aus der durch die Bildung der „Nationalarmeen“ in Nordchina veränderten militärischen Lage keinerlei Kapital schlagen konnte, orientierte es sich zunehmend wieder an der GMD und ihren Kräften in Südchina, wenn auch das Politbüro im Dezember den geplanten Nordfeldzug für „im Augenblick für unzulässig“ erklärte.

Die von den Herausgebern hier neu vorgelegten Dokumente stellen das bisherige Bild der Beziehungen zwischen RKP bzw. Komintern, GMD und KPCh zwar nicht auf den Kopf, ermöglichen jedoch eine Revision von Einzelaspekten dieses Verhältnisses. Der Akzent liegt dabei eindeutig auf der Aktivität und dem Einfluß Sowjetrußlands und der Komintern in China. Ob die Herkunft des hier veröffentlichten Quellenmaterials die Herausgeber zu einer Überschätzung dieses Einflusses verleitet hat, wäre im Licht chinesischer Quellen erst noch genauer zu prüfen. Jedenfalls wird hier ein wichtiger Impuls auch für die Erforschung der neuesten politischen Geschichte Chinas gegeben. Auf die weiteren Bände dieser Edition darf man daher gespannt sein.

Thoralf Klein

SEBASTIAN HEILMANN: *Das politische System der VR China im Wandel*. (Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg 265). Hamburg: Institut für Asienkunde, 1996. 176 Seiten, 8 Schaubilder, 29 Tabellen, DM 28,-. ISBN 3-88910-168-2

In der Öffentlichkeit der westlicher Länder existieren zahlreiche Zerrbilder von China. Leider sind „wissenschaftliche Schriften“, die dem Journalismus nach dem Mund reden, weit häufiger anzutreffen als Publikationen, die versuchen, die Entwicklungen in China objektiv, frei von Eurozentrismus, aber doch kritisch zu analysieren.